



Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Europawahl 1999

Heft 5

Ergebnisse nach Alter und Geschlecht
in Nordrhein-Westfalen

Bestell-Nr. B 95 3 1999 00
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf • Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf
Telefon (02 11) 94 49-01 • Telefax (02 11) 44 20 06
Internet: <http://www.lids.nrw.de>

Erschienen im Januar 2000

Preis dieser Ausgabe 3,00 DM
Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Inhalt

	Seite
1. Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland	5
2. Die repräsentative Wahlstatistik	5
3. Ergebnisse der Europawahl 1999	
3.1 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht	6
3.2 Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht	10
3.3 Die Zusammensetzung der Wählerschaft nach Alter und Geschlecht	12
Quellennachweis	15
 Tabellenteil	
1. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen	19
2. Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen	
a) hochgerechnete absolute Ergebnisse	20
b) jeweilige Altersgruppe = 100	21
c) jeweilige Partei = 100	22
3. Ungültige Stimmen und Gründe für ungültige Stimmen nach Geschlecht	23

1. Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland

Das Europäische Parlament setzt sich aus 626 Abgeordneten zusammen, von denen 99 in Deutschland gewählt werden. Das Wahlverfahren ist nicht in allen europäischen Staaten gleich, sondern orientiert sich an den jeweils geltenden nationalen Regelungen. Obwohl sich das Europäische Parlament bereits seit mehreren Jahren um ein einheitliches Wahlverfahren bemüht, ist es bislang noch nicht gelungen, eine Regelung zu finden, der alle Länder zustimmen¹⁾. Festgelegt wurden im sogenannten Direktwahlakt von 1976 lediglich einige Gemeinsamkeiten, die sich auf das Wahldatum, die Mandatsdauer, Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern und Mandatsprüfungen beziehen.

In Deutschland bestimmt sich das Wahlverfahren nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes (EuWG) und der Europawahlordnung (EuWO), die wiederum Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz (BWG) enthalten. Wahlberechtigt sind danach alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik oder einem der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich dort aufhalten²⁾. Darüber hinaus haben alle in Deutschland wohnhaften Unionsbürger das aktive Wahlrecht, sofern sie die bereits genannten Alters- und Aufenthaltsbedingungen erfüllen. Wählbar ist, wer am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutscher ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Unionsbürger im Alter von 18 und mehr Jahren haben dann das passive Wahlrecht, wenn sie seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzen.

Die Wahl der 99 Abgeordneten erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht. Im Gegensatz zur Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der sie die Landes- oder Bundesliste einer Partei oder einer politischen Vereinigung wählen können. Nur wenn eine Partei oder eine politische Vereinigung mindestens 5 % der Stimmen erhält, kann sie Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden.

2. Die repräsentative Wahlstatistik

Die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik wird durch das Wahlstatistikgesetz (WStatG) geregelt, das die Erhebung der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen ermöglicht. Darüber hinaus werden die ungültigen Stimmen nach Geschlecht und nach dem Grund für die ungültige Stimmabgabe erfasst, wobei

der Grund für die ungültige Stimmabgabe folgende Ausprägungen annehmen kann: (1) Stimmzettel ist leer oder durchgestrichen, (2) Stimmzettel hat mehrere Kreuze und (3) Sonstige Ursachen. Die Informationen über das Geschlecht und die Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler/-innen stammen aus den Wählerverzeichnissen und werden von den Gemeinden ermittelt. Unterschieden wurden hierbei folgende Altersgruppen:

Geburtsjahr	das entspricht etwa der Altersgruppe von ... bis unter ...
1979 – 1981	18 – 21 Jahre
1975 – 1978	21 – 25 Jahre
1970 – 1974	25 – 30 Jahre
1965 – 1969	30 – 35 Jahre
1960 – 1964	35 – 40 Jahre
1955 – 1959	40 – 45 Jahre
1950 – 1954	45 – 50 Jahre
1940 – 1949	50 – 60 Jahre
1930 – 1939	60 – 70 Jahre
1929 und früher	70 und mehr

Für die Auszählung der Stimmabgabe nach dem Geschlecht und der Altersgruppe werden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Aufdruck versehen sind, der die Unterscheidung von Männern und Frauen sowie unterschiedlicher Altersgruppen erlaubt. Hier wurden die folgenden Altersgruppen differenziert:

Geburtsjahr	das entspricht etwa der Altersgruppe von ... bis unter ...
1975 – 1981	18 – 25 Jahre
1965 – 1974	25 – 35 Jahre
1955 – 1964	35 – 45 Jahre
1940 – 1954	45 – 60 Jahre
1939 und früher	60 und mehr

Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlecht ist nach § 51 Abs. 2 BWG nur dann zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wählerinnen und Wähler dadurch nicht erkennbar wird. Um eine Verletzung des Wahlheimnisses zu verhindern, darf die repräsentative Wahlstatistik nur in solchen Wahlbezirken durchgeführt werden, die mehr als 400 Wahlberechtigte aufweisen. Zudem dürfen die Altersgruppen nicht beliebig klein sein, sondern müssen bei den Wahlberechtigten mindestens drei und bei den Wählerinnen und Wähler mindestens sieben Geburtsjahrgänge umfassen. Darüber hinaus dürfen die gekennzeichneten Stimmzettel nicht mit den Wählerverzeichnissen zusammengeführt werden.

Für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik in Nordrhein-Westfalen wurden 567 Wahlbezirke (4 %) ausgewählt, von denen 558 (98,4 %) in die Analyse einbezogen werden können. Die Auswahlmethode

1) Dies ist vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Wahlverfahren verständlich. Zu den Wahlverfahren in den einzelnen Staaten der Europäischen Union siehe Herbertz (1999). – 2) Für Deutsche, die sich in anderen Staaten aufhalten, gelten besondere Bedingungen.

de wurde im Statistischen Bundesamt entwickelt und dort für alle Länder nach einheitlichen Grundregeln, jedoch mit landesspezifischen Modifizierungen eingesetzt. Für die Stichprobe in Nordrhein-Westfalen wurden die Wahlbezirke nach der Anzahl der Wahlberechtigten sowie der Stimmenanteile der SPD, der CDU, der GRÜNEN und der F.D.P. sortiert. Nach der Größenordnung dieser Merkmale wurden Schichten mit 25 Wahlbezirken gebildet, in denen jeweils einer nach dem Zufallsprinzip gezogen wurde.

Bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung werden Wahlberechtigte mit und ohne Wahlscheinvermerk unterschieden. Der ersten Gruppe wurden bereits vor der Wahl Unterlagen übergeben, die zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal der Gemeinde oder zur Briefwahl berechtigen. Die Stimmzettel, die vor der Wahl ausgegeben werden, sind nicht mit einem Unterscheidungsdruck der repräsentativen Wahlstatistik versehen. Wenn ein Wahlberechtigter mit diesen Unterlagen in einem Wahllokal seine Stimme abgibt, wird ihm daher ein gekennzeichnete Stimmzettel ausgehändigt. Sofern er die Unterlagen jedoch für die Briefwahl nutzt, kann er aufgrund des fehlenden Unterscheidungsaufdrucks nicht in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen werden.

Die im Wahllokal abgegebenen Stimmen werden danach unterschieden, ob der Wahlberechtigte einen Wahlschein vorgelegt hat oder nicht. Während bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung nur Wähler ohne Wahlschein berücksichtigt werden, gehen in die Analyse der Stimmabgabe alle im Wahllokal abgegebenen Stimmen ein.

Es ist bekannt, dass sich die Briefwähler hinsichtlich der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe von den Urnenwählern unterscheiden. Die untenstehende Tabelle zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei den Briefwählern mit 91,1 % deutlich höher liegt als bei den Urnenwählern mit 39,9 %. Zusätzlich fällt das Briefwahlergebnis für die SPD ungünstiger aus als das der Urnenwahl (32,4 % gegenüber 38,3 %), während sich bei der CDU der Sachverhalt umgekehrt darstellt

Europawahlergebnisse 1999 der repräsentativen Wahlstatistik im Vergleich zum amtlichen Endergebnis					
Merkmal		Amtliches Endergebnis			Repräsentative Wahlstatistik
		Briefwähler	Urnenwähler	insgesamt	
Wahlbeteiligung	%	91,1	39,9	43,8	39,8
Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
SPD	%	32,4	38,3	37,3	38,3
CDU	%	50,9	46,6	47,3	46,7
GRÜNE	%	6,6	7,3	7,1	7,1
F.D.P.	%	4,5	3,3	3,5	3,2
Sonstige	%	5,5	4,6	4,8	4,7

(50,9 % gegenüber 46,6 %). Die fehlende Berücksichtigung der Briefwähler hat daher zur Folge, dass in der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung sowie der Stimmenanteil für die CDU im Vergleich zum Gesamtwahlergebnis etwas unterschätzt wird.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik wurden auf der Ebene des Landes Nordrhein-Westfalen hochgerechnet. Da die repräsentative Wahlstatistik keine Briefwähler erfasst, erfolgt die Hochrechnung der Wahlbeteiligung gebunden an die Zahl der Wahlberechtigten ohne Wahlscheinvermerk, die Stimmabgabe gebunden an die Zahl der gültigen Stimmen aus der Urnenwahl und die ungültigen Stimmen gebunden an die Zahl der ungültigen Stimmen aus der Urnenwahl. Aufgrund des bei Stichproben auftretenden Zufallsfehlers stellen die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nur Näherungswerte dar. Da die hochgerechneten Zahlenwerte jeweils auf volle Hundert gerundet sind, können sich bei der Addition einzelner Zahlen gegenüber den Summenwerten Rundungsdifferenzen ergeben.

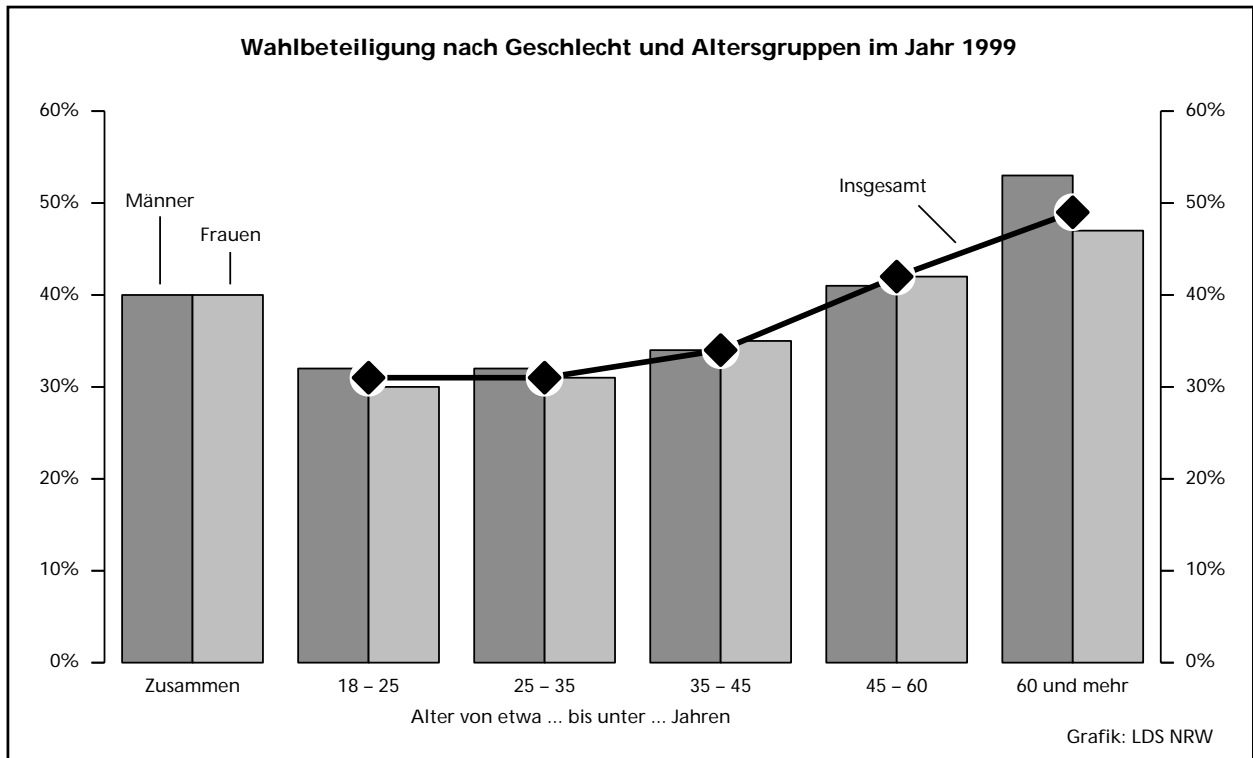
3. Ergebnisse der Europawahl 1999

Im Folgenden werden einige Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik 1999 dargestellt und in Beziehung zu denen früherer Wahlen gesetzt. Das im Tabellenteil dargestellte Zahlenmaterial wurde hierzu teilweise zusammengefasst und die Ergebnisse werden der Übersicht halber ohne Nachkommastellen ausgewiesen.

3.1 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht

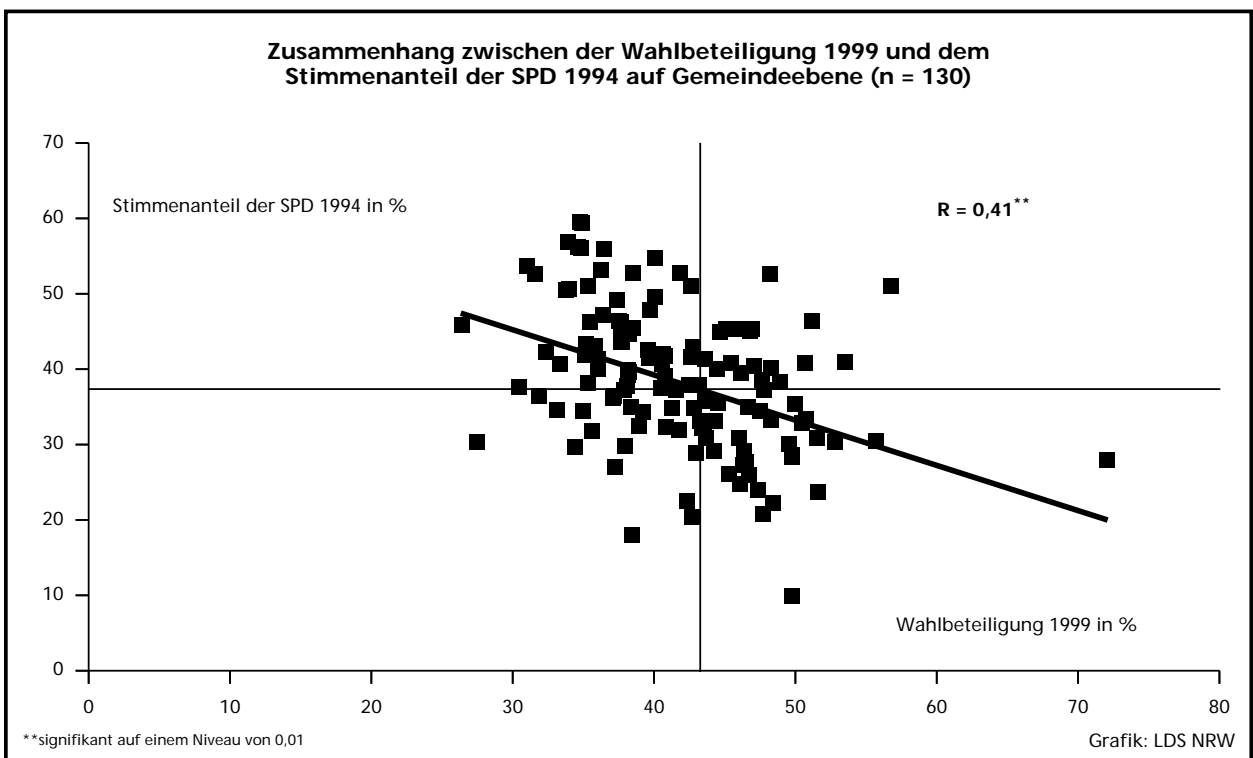
Die Wahlbeteiligung war bei der Europawahl 1999 sehr niedrig und betrug laut repräsentativer Wahlstatistik nur 40 %. Während sich die Höhe der Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen kaum unterscheidet, variiert sie deutlich in den einzelnen Altersgruppen. Überdurchschnittlich häufig haben sich mit 49 % die über 60-jährigen an der Wahl beteiligt. Hingegen weisen die 18- bis 25-jährigen sowie die 25- bis 35-jährigen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung von nur 31 % auf. Eine mittlere Position nehmen die 35- bis 45- bzw. die 45- bis 60-jährigen ein, bei denen die Wahlbeteiligung bei 34 % bzw. 42 % liegt. Vergleicht man die Höhe der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen, so fällt auf, dass sich die Männer der ältesten Gruppe etwas häufiger an der Wahl beteiligen als die gleichaltrigen Frauen.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Europawahlen hat die Wahlbeteiligung deutlich abgenommen. Während sich im Jahr 1979 noch etwa 65 % aller



Wahlberechtigten an der Wahl beteiligten, betrug dieser Anteil im Jahr 1999 nur noch 40 %. Bislang wurde die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen häufig mit der schwachen Stellung des Europäischen Parlamentes erklärt. Angesichts der Tatsache, dass die Befugnisse des Europäischen Parlamentes in den letzten Jahren zugenommen haben, scheint dieses Argument jedoch allein nicht geeignet zu sein, die geringe – und sogar deutlich gesunkene – Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl zu deuten. Eine alternative Erklärung bezieht sich auf die innenpolitische Ausrichtung des Wahlkampfes, in dem die

Europawahl von den Medien und von den Parteien in erster Linie als Abstimmung über die seit acht Monaten amtierende rotgrüne Koalition dargestellt wurde. Dementsprechend wird die geringe Wahlbeteiligung darauf zurückgeführt, dass insbesondere traditionelle SPD-Wählerinnen und -Wähler ihre Stimme bei dieser Wahl nicht abgegeben haben, um so ihren Unmut über die Regierungskoalition auszudrücken. Folglich müsste dort die Wahlbeteiligung besonders niedrig sein, wo die SPD üblicherweise einen hohen Anteil an Wählerstimmen erhält. Auskunft über diesen Zusammenhang gibt die folgende Grafik, die den



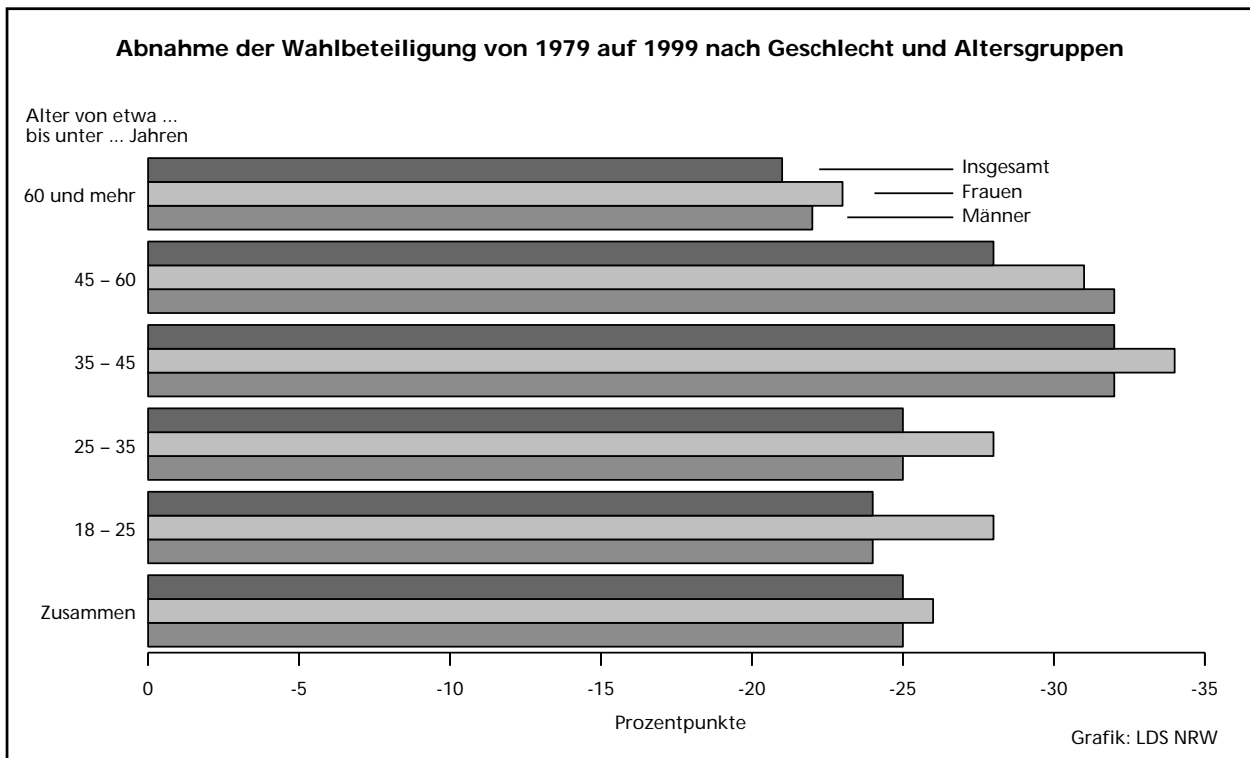
**signifikant auf einem Niveau von 0,01

Stimmenanteil der SPD bei der Europawahl 1994 zu der Höhe der Wahlbeteiligung im Jahr 1999 in Beziehung setzt³⁾. Es ist zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung im Jahr 1999 tendenziell in solchen Gemeinden geringer war, in denen die SPD 1994 einen hohen Anteil der abgegebenen Stimmen gewonnen hat. Aufschluss über die Stärke des dargestellten Zusammenhangs gibt der ausgewiesene Korrelationskoeffizient (Pearson's R), der $-0,41$ beträgt und im statistischen Sinne signifikant ist.

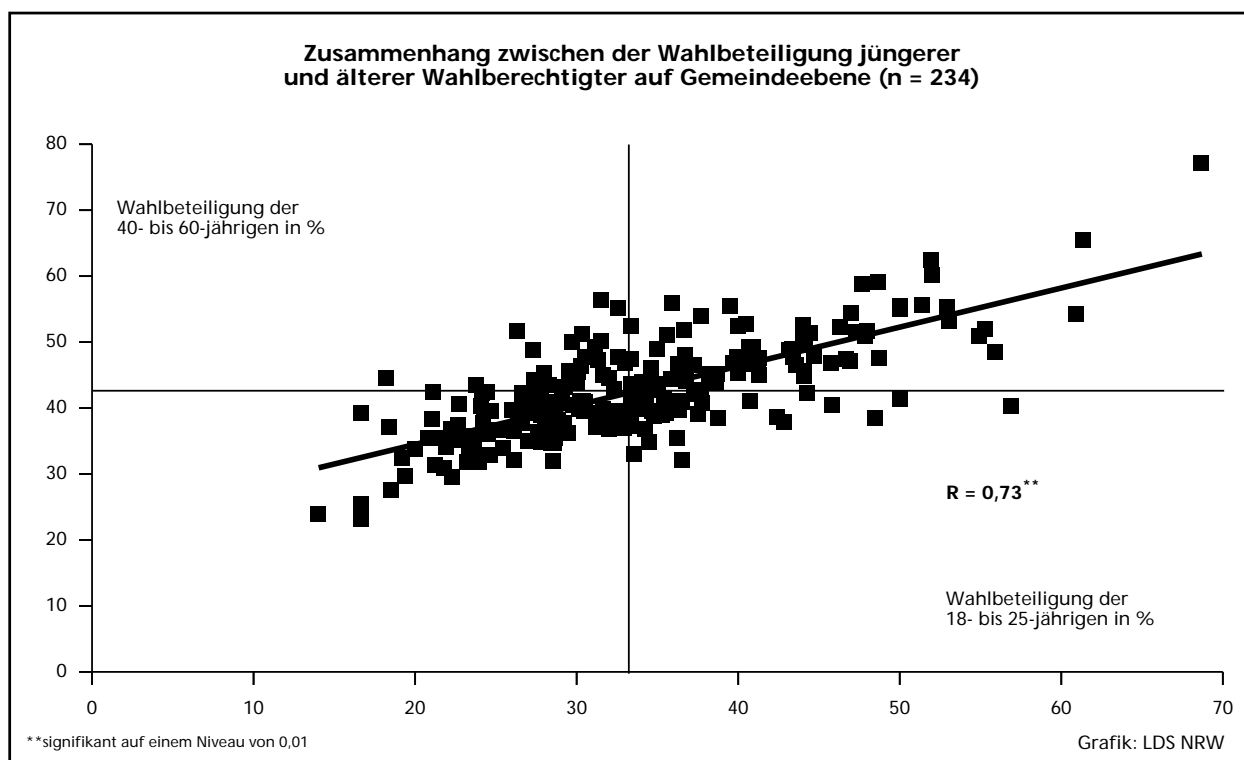
Die Wahlbeteiligung ist zwischen 1979 und 1999 nicht in allen Altersgruppen gleichermaßen gesunken. Überdurchschnittlich stark hat die Wahlbeteiligung mit 32 bzw. 28 Prozentpunkten bei den mittleren Jahrgängen (35 bis 45 bzw. 45 bis 60 Jahre) abgenommen, während der entsprechende Wert für die älteste Gruppe nur 21 Prozentpunkte beträgt. Eine mittlere Position nehmen die beiden jüngeren Altersgruppen ein, bei denen die Wahlbeteiligung um 24 bzw. 25 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Festzustellen ist die überdurchschnittliche Abnahme der Wahlbeteiligung in den mittleren Altersgruppen sowohl für die Männer als auch für die Frauen. Dieses Ergebnis überrascht, denn meistens wird im Zusammenhang mit der sinkenden Wahlbeteiligung insbesondere das Verhalten der jüngeren Wählerinnen und Wähler thematisiert. Ein Problem für die Entwicklung der politischen Partizipation könnte aber gerade in der überdurchschnittlichen Abnahme der Wahlbeteiligung in den mittleren Altersgruppen liegen, da diese beispielsweise als Eltern oder als Lehrer für die politische Sozialisation der Jugendlichen verantwortlich sind.

Nimmt man an, dass die politische Sozialisation u. a. durch Eltern und Lehrer erfolgt, müßte die Wahlbeteiligung der mittleren Altersgruppen mit derjenigen der jüngeren Altersgruppen korrelieren. Diese Vermutung wird im Folgenden auf der Ebene der Gemeinden überprüft, indem die Wahlbeteiligung der jüngsten Altersgruppe (18 – 25 Jahre) zur Wahlbeteiligung der als politische Sozialisatoren in Frage kommenden Altersgruppen (40 – 60 Jahre) in Beziehung gesetzt wird. Aus der untenstehenden Grafik ist ersichtlich, dass die Höhe der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wahlberechtigter sehr eng zusammenhängt: Wahlbezirke mit einer hohen Wahlbeteiligung der älteren Gruppe weisen eine hohe Wahlbeteiligung bei der jüngeren Altersgruppe auf und umgekehrt beteiligt sich die jüngere Gruppe dort nicht so häufig an der Wahl, wo die ältere Gruppe seltener zur Wahl geht. Der enge Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Personen wird durch den sehr hohen und statistisch signifikanten Korrelationskoeffizienten (Pearson's R) von $0,73$ bestätigt.

Die Abhängigkeit der Wahlbeteiligung von der Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe hat sich bereits bei früheren Wahlen gezeigt (siehe beispielsweise Hin/Siedt 1994). Diese Beobachtung wird häufig dahingehend zusammengefasst, dass die Wahlbeteiligung mit dem Alter der Wahlberechtigten ansteigt. Eine solche Aussage ist jedoch mehrdeutig. Empirisch stützt sie sich auf Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt unterschiedlichen Altersgruppen angehören und beschreibt somit Unterschiede zwischen Ge-



3) Diese Betrachtung ist nur für solche Gemeinden möglich, die sowohl bei der Europawahl 1994 als auch bei der Europawahl 1999 in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen waren.



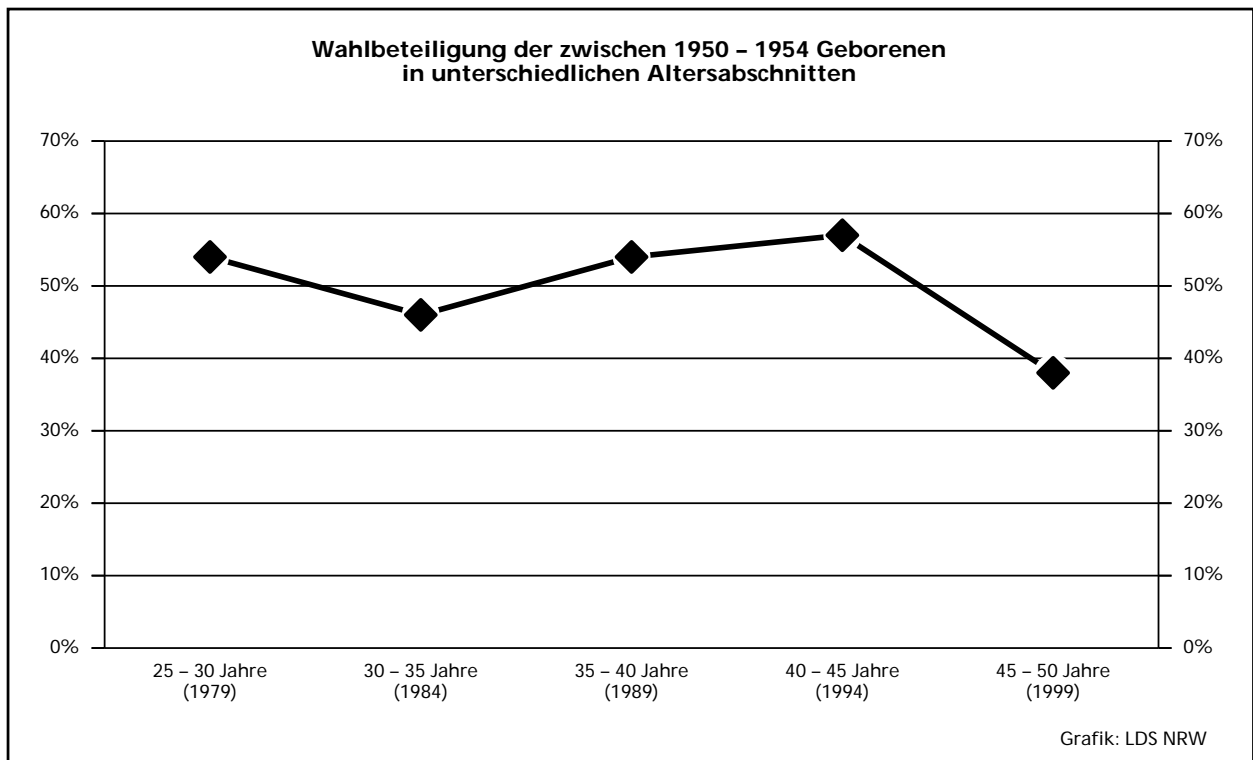
burtskohorten. Die Aussage legt aber gleichzeitig die Vermutung nahe, dass die Wahlbeteiligung mit dem individuellen Lebensalter ansteigt und die in den Altersgruppen variierende Wahlbeteiligung somit Unterschiede zwischen einzelnen Lebensabschnitten reflektiert⁴⁾. Beide Aspekte, Unterschiede zwischen Geburtskohorten auf der einen Seite und Lebensabschnitten auf der anderen Seite, werden häufig nicht ausreichend differenziert. Sie sollten jedoch voneinander getrennt werden, da sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen über die Entwicklung der politischen Partizipation führen können: Eine über die Geburtskohorten abnehmende Wahlbeteiligung hat zur Folge, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung langfristig weiter sinkt, da die älteren Personen, die eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen, sterben werden. Hingegen hätte eine mit dem individuellen Lebensalter zunehmende Wahlbeteiligung zur Folge, dass die Wahlbeteiligung insgesamt nicht weiter sinkt, da die jüngeren Personen älter werden, und mit zunehmenden Alter ihre Wahlbeteiligung steigt.

Auf der Basis der repräsentativen Wahlstatistik kann die Entwicklung der Wahlbeteiligung im Lebensverlauf nicht direkt abgebildet werden, da keine Längsschnittinformationen auf der Ebene von Personen vorliegen. Eine Möglichkeit, zumindest indirekt Aufschluss über diese Frage zu erhalten, besteht darin, die Höhe der Wahlbeteiligung einer Geburtskohorte

in den unterschiedlichen Wahljahren – und damit in unterschiedlichen Altersabschnitten – zu betrachten⁵⁾. Diesem Vorgehen entsprechend zeigt die untenstehende Grafik für die Geburtskohorten 1950 bis 1954 die Höhe der Wahlbeteiligung im Alter von 25 bis 30 Jahren (Wahljahr 1979), 30 bis 35 Jahren (Wahljahr 1984), 35 bis 40 Jahren (Wahljahr 1989), 40 bis 45 Jahren (Wahljahr 1994) und 45 bis 50 Jahren (Wahljahr 1999)⁶⁾.

Die Grafik auf Seite 10 zeigt, dass die Wahlbeteiligung in den ersten vier Altersabschnitten lediglich zwischen 46 % und 57 % schwankt. Dies würde zunächst die Schlussfolgerung nahelegen, dass die Bereitschaft, wählen zu gehen, nur in geringem Ausmaß mit dem Lebensalter variiert. Hiervon weicht allerdings der letzte Altersabschnitt (45 bis 50 Jahre) deutlich ab, der sich im Vergleich zu den früheren Altersabschnitten durch ein starkes Absinken der Wahlbeteiligung auf 38 % auszeichnet. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, dass die Europawahl in den Medien vorrangig als Abstimmung über die rotgrüne Koalition dargestellt und als solche auch von den Wahlberechtigten betrachtet wurde (siehe oben). Dies hat sich offensichtlich auch in der Wahlbereitschaft solcher Personen niedergeschlagen, die bei den vorangegangenen Wahlen durchaus bereit waren, ihre Stimme abzugeben. Demnach hängt die Höhe der Wahlbeteiligung offensichtlich weniger

4) In der Lebensverlaufsorschung werden in diesem Zusammenhang Kohorten- und Alterseffekte unterschieden (siehe Mayer/Huinink 1990). Mit Kohorteneffekten ist die anhaltende Prägung gemeint, die eine Kohorte durch ihre Situierung in der Geschichte erfährt. Der Alterseffekt bezeichnet hingegen den Umstand, dass sich die Lebenschancen und Verhaltensweisen der Individuen mit dem Alter durch Reifungsprozesse u. Ä. verändern. – 5) Es handelt sich hierbei nur um eine indirekte Prüfung der Vermutung, dass die Wahlbeteiligung mit dem individuellen Lebensalter ansteigt. Gegen dieses Vorgehen kann eingewandt werden, dass sich der Anteil der Wähler in jedem Wahljahr aus einer unterschiedlichen Population von Individuen zusammensetzt und somit bei gleichbleibender Höhe der Wahlbeteiligung von einer wechselnden individuellen Wahlbeteiligung auszugehen wäre. – 6) Diese Betrachtung kann nur für die genannte Geburtskohorte angestellt werden, da sie voraussetzt, dass der Abstand der Wahlen (5 Jahre) mit den gebildeten Altersklassen übereinstimmt. Da nur das Alter von 25 bis 50 Jahre in Abschnitten von fünf Jahren untergliedert wurde, ist die Betrachtung für die anderen Geburtsjahrgänge nicht möglich.



von der Geburtsgruppenzugehörigkeit und dem Alter als von den konkreten politischen Diskursen ab⁷⁾.

3.2 Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht

Bei der Analyse der Stimmabgabe wird häufig vernachlässigt, dass die Wahlentscheidung ein zweistufiger Prozess ist, der die Entscheidung für die Beteiligung an der Wahl sowie die Stimmabgabe selbst umfasst. Die Analyse der Stimmabgabe ist insbesondere dann problematisch, wenn die Wahlbeteiligung – wie bei der letzten Europawahl – sehr niedrig ist. Die Ergebnisse zur Stimmabgabe sind dann sehr stark davon abhängig, welche Personengruppen überhaupt zur Wahl gegangen sind⁸⁾.

Nach der repräsentativen Wahlstatistik haben in Nordrhein-Westfalen 47 % der Wählerinnen und Wähler für die CDU votiert. Weiterhin entfielen 38 % der Stimmen auf die SPD, 7 % auf die GRÜNEN, 3 % auf die F.D.P. und 5 % auf die sonstigen Parteien. Vergleicht man die Stimmabgabe der Männer und Frauen, ergeben sich nur geringfügige Unterschiede.

Deutliche Unterschiede sind hingegen bei einem Vergleich der Altersgruppen zu erkennen. Die SPD hat ihren höchsten Stimmenanteil (rd. 40 %) bei den drei älteren Gruppen (35 bis 45, 45 bis 60 und über 60 Jahre) gewonnen. Deutlich darunter liegt ihr Anteil mit

31 % bzw. 34 % bei den beiden jüngeren Gruppen (18 bis 25 und 25 bis 35 Jahre). Die CDU weist hingegen sowohl bei den beiden älteren Altersgruppen (47 % bzw. 53 %) als auch bei den Jungwählern (46 %) sehr hohe Stimmenanteile auf, während die entsprechenden Werte bei den 25- bis 35-jährigen so-

Wahlentscheidung bei der Europawahl 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf				
	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
Männer					
18 – 25	30	46	8	6	9
25 – 35	33	42	12	5	8
35 – 45	39	38	13	4	6
45 – 60	40	46	6	4	5
60 und mehr	40	52	1	3	4
Zusammen	38	46	7	4	5
Frauen					
18 – 25	32	46	12	4	7
25 – 35	36	41	15	3	6
35 – 45	39	38	16	3	5
45 – 60	39	48	7	3	4
60 und mehr	40	54	2	2	2
Zusammen	39	47	7	3	4
Männer und Frauen					
18 – 25	31	46	10	5	8
25 – 35	34	42	13	4	7
35 – 45	39	38	14	3	6
45 – 60	39	47	6	4	4
60 und mehr	40	53	1	2	3
Insgesamt	38	47	7	3	5

7) Solche Einflüsse werden in der Lebensverlaufsorschung unter dem Begriff der Periodeneffekte diskutiert. Es handelt sich dabei um die aktuell vorfindbaren gesellschaftlichen Bedingungen, die alle Kohorten gleichermaßen beeinflussen (Mayer/Huinink 1990). – 8) Sofern Wahlanalysen auf der Basis von Individualdaten durchgeführt werden, können solche Prozesse mit Hilfe von Selektivitätsanalysen abgebildet werden (für einen Überblick siehe Winship/Mare 1992). In einem ersten Schritt wird dabei die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung geschätzt, und in einem zweiten Schritt geht diese Wahrscheinlichkeit als unabhängige Variable in die Analyse der Stimmabgabe ein.

wie den 35- bis 45-jährigen nur 42 % bzw. 38 % be-
tragen. Die Altersgruppen unterscheiden sich außer-
dem deutlich in ihrer Präferenz für die kleineren Par-
teien (F.D.P., GRÜNE und sonstige Parteien). Während
in den drei jüngeren Altersgruppen (18 bis 25, 25 bis
35 und 35 bis 40 Jahre) rd. 23 % der Wählerstimmen
auf die kleinen Parteien entfallen, beträgt dieser An-
teil bei den 45- bis 60-jährigen 14 % und bei den über
60-jährigen nur 6 %. Auch wenn die Präferenz für die
kleineren Parteien in den drei jüngeren Altersgrup-
pen in etwa gleich stark ausgeprägt ist, unterscheiden
sie sich doch bei der Wahl der Partei. Während in den
mittleren Altersgruppen (25 bis 35 und 35 bis 45 Jah-
re) die Stimmen für die kleineren Parteien mehrheit-
lich auf die GRÜNEN entfallen, haben in der jüngsten
Altersgruppe die sonstigen Parteien eine fast ebenso
große Bedeutung wie die GRÜNEN. Vergleicht man
für die Jungwähler das Wahlergebnis der Männer
und der Frauen, so ist zu erkennen, dass der hohe
Stimmenanteil für die sonstigen Parteien insbesonde-
re auf die Männer zurückgeht.

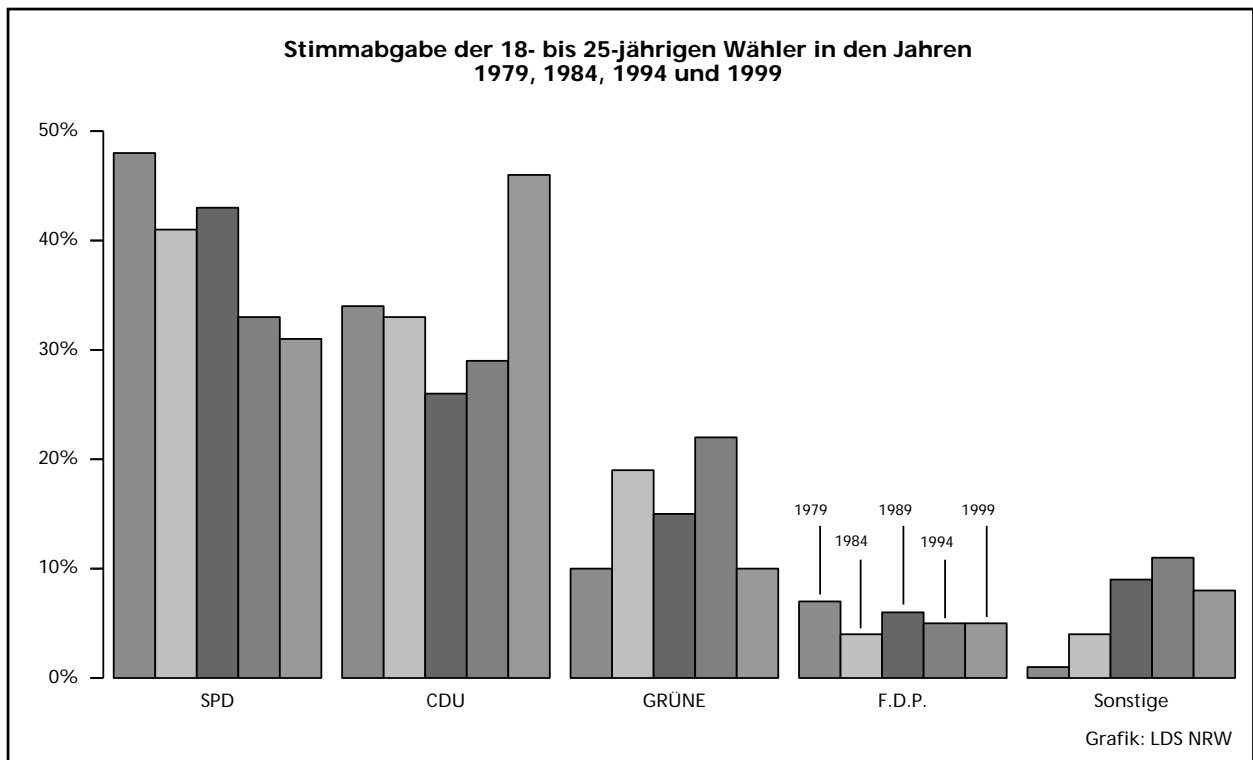
Im Vergleich zu den Europawahlen im Jahr 1994 ist
der Stimmenanteil der CDU um 9 Prozentpunkte ge-
stiegen. Alle anderen Parteien haben hingegen einen
Stimmenverlust zu verzeichnen, und zwar die SPD
von 2, die GRÜNEN von 4, die F.D.P. von 1 und die
sonstigen Parteien von 2 Prozentpunkt(en). Alle Par-
teien haben bei den männlichen und den weiblichen
Wählern einen vergleichbar hohen Stimmenanteil
gewonnen bzw. verloren. Während sich bei der F.D.P.
und den sonstigen Parteien kaum altersspezifische
Unterschiede bei den Stimmenverlusten zeigen, hat
die SPD insbesondere bei den 25- bis 35-jährigen
Wählerinnen und Wählern Stimmen verloren. Noch
deutlicher ausgeprägte Unterschiede sind bei der
CDU und den GRÜNEN zu erkennen. Der Stimmenzu-
wachs der CDU ist um so grösser, je jünger die Wäh-
lerinnen und Wähler sind: Während die CDU in der
jüngsten Gruppe einen Stimmenzuwachs von 17 Pro-
zentpunkten zu verzeichnen hat, beträgt dieser An-
teil bei den beiden ältesten Gruppen nur 7 Prozent-
punkte. Nahezu umgekehrt verhält es sich bei den
GRÜNEN, deren Stimmenanteil in der jüngsten Al-
tersgruppe am stärksten, und zwar um 12 Prozent-
punkte, abgenommen hat. Der Stimmenzuwachs der
CDU und der Stimmenverlust der GRÜNEN gehen bei
den Jungwählern stärker auf das Wahlverhalten der
Frauen als auf das der Männer zurück. Während die
CDU bei den jungen Frauen 19 Prozentpunkte dazu-
gewonnen hat, beträgt dieser Wert bei den jungen
Männern nur 16 Prozentpunkte. Gleichzeitig haben
die GRÜNEN bei den jungen Frauen deutlich mehr
Stimmen verloren als bei den jungen Männern (13
gegenüber 10 Prozentpunkte).

Stimmengewinne und -verluste der Parteien bei der Europawahl 1999 gegenüber der von 1994 nach Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Stimmengewinne und -verluste gegenüber der Europawahl 1994				
	S P D	C D U	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
%-Punkte					
Männer					
18 – 25	-2	+16	-10	-	-4
25 – 35	-6	+15	- 7	+1	-3
35 – 45	-4	+10	- 3	-1	-2
45 – 60	-2	+ 7	-	-1	-3
60 und mehr	-2	+ 9	- 1	-1	-5
Zusammen	-2	+ 9	- 3	-1	-3
Frauen					
18 – 25	-3	+19	-13	-1	-1
25 – 35	-6	+16	- 8	-1	-1
35 – 45	-4	+ 9	- 3	-2	-1
45 – 60	-2	+ 7	- 1	-2	-2
60 und mehr	-1	+ 5	- 1	-1	-3
Zusammen	-1	+ 9	- 4	-2	-2
Männer und Frauen					
18 – 25	-2	+17	-12	-1	-3
25 – 35	-6	+16	- 8	-	-2
35 – 45	-4	+10	- 3	-1	-2
45 – 60	-2	+ 7	- 1	-2	-3
60 und mehr	-1	+ 7	- 1	-1	-4
Insgesamt	-2	+ 9	- 4	-1	-2

Da häufig die Vermutung geäußert wird, dass unter
den Jungwählern langfristig die Neigung zunehme,
nichtetablierte Parteien zu wählen (Gille u. a. 1996:
14ff.), überrascht der starke Stimmenzuwachs der
CDU in dieser Altersgruppe. Zu den nichtetablierten
Parteien werden üblicherweise solche Parteien ge-
zählt, denen es über einen längeren Zeitraum nicht
gelingt, in den Bundestag oder in eines der Länder-
parlamente einzuziehen (Rowold/Immerfall 1992). Für
den Zeitraum 1979 bis 1999 stellt sich in diesem Zu-
sammenhang die Frage, ob und ab welchem Zeit-
punkt, die GRÜNEN zu den etablierten Parteien zu
rechnen sind. An der ersten Europawahl im Jahr 1979
haben die GRÜNEN noch nicht als Partei, sondern als
politische Vereinigung teilgenommen; die Parteigrün-
dung erfolgte erst 1980. Bereits 1983 gelang es den
GRÜNEN, in den Bundestag einzuziehen. In der Öff-
entlichkeit herrschte zu diesem Zeitpunkt die Mei-
nung vor, dass dies ein einmaliges Ereignis sei und
dass sich die GRÜNEN langfristig nicht etablieren wür-
den (Murphy/Roth 1987)⁹. Diese Einschätzung erwies
sich aber als falsch – den GRÜNEN gelang es auch bei
den folgenden Bundestagswahlen, mehr als 5 % der
Wählerstimmen zu gewinnen. Eine Ausnahme stellt
die Bundestagswahl 1990 dar, bei der die westdeut-
schen GRÜNEN nur 4,7 % der Wählerstimmen erhiel-
ten¹⁰. Die Etablierung der GRÜNEN vollzieht sich so-
mit über einen längeren Zeitraum, wobei ein genauer

9) Zur Geschichte der GRÜNEN vgl. auch Müller-Rommel (1992) und Stöss (1987). – 10) Bei der Bundestagswahl 1990 gab es ein ost- und ein westdeutsches Wahlgebiet mit eigener Fünf-Prozent-Hürde. Während es den westdeutschen GRÜNEN nicht gelang, mehr als 5 % der Wählerstimmen zu gewinnen, errang das ostdeutsche Bündnis 90 mit 6 % der Zweitstimmen 8 Sitze im Parlament. Durch die spätere Vereinigung bei-
der Parteien waren die westdeutschen GRÜNEN indirekt auch in dieser Legislaturperiode im Parlament vertreten.



Zeitpunkt, zu dem dieser Prozess abgeschlossen ist, nicht ohne weiteres bestimmt werden kann.

Beurteilt man die Neigung der Jungwähler, nicht-etablierte Parteien zu wählen, lediglich am Anteil der Stimmen, der auf die sonstigen Parteien entfällt, so ist zwischen 1979 und 1994 ein deutlicher Anstieg von 1 % auf 11 % zu erkennen. Im Jahr 1999 hat sich dieser Trend nicht fortgesetzt – der Anteil der Stimmen für die sonstigen Parteien ist im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte gesunken. Berücksichtigt man für den gesamten Zeitraum zusätzlich die Stimmen für die GRÜNEN, zeigt sich im zeitlichen Verlauf eine ähnliche Entwicklung, die von einem höheren Ausgangsniveau ausgeht. Zu einem anderen Ergebnis gelangt man jedoch, wenn die GRÜNEN beispielsweise nur für die ersten beiden Wahlen als nicht-etablierte und für die drei darauffolgenden Wahlen als etablierte Partei gezählt werden. Dann ergibt sich für den

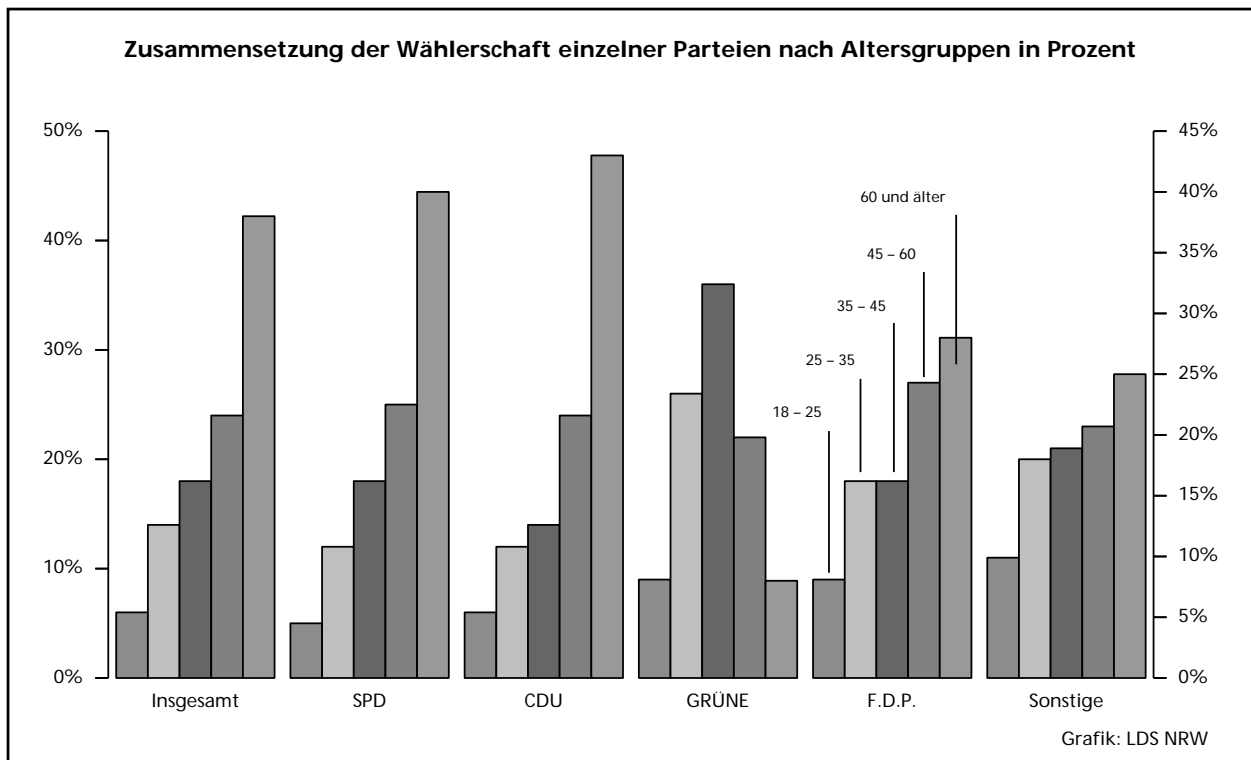
Zeitraum 1979 bis 1984 ein steigender und für den folgenden Zeitraum ein sinkender Stimmenanteil für die nicht-etablierten Parteien. Die berichteten Ergebnisse zeigen sich sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Wähler. Die eingangs gestellte Frage ist somit nicht eindeutig zu beurteilen, da die Antwort in entscheidender Weise davon abhängt, ob und zu welchem Zeitpunkt die Etablierung der GRÜNEN datiert wird.

3.3 Die Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien

Im Folgenden wird die Perspektive gewechselt und es wird untersucht, wie sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen zusammensetzt. Die untenstehende Grafik stellt zunächst dar, wie stark die einzelnen Altersgruppen innerhalb der Wählerschaft einer Partei vertreten sind.

Wahlentscheidung der Jungwähler bei den Europawahlen 1979, 1984, 1989, 1994 und 1999 nach Geschlecht					
Jahr	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf				
	S P D	C D U	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
Männer					
1979	47	34	11	7	1
1984	39	34	20	4	4
1989	41	28	14	6	12
1994	32	30	18	5	14
1999	30	46	8	6	9
Frauen					
1979	49	34	9	7	1
1984	42	32	19	3	4
1989	46	25	17	6	7
1994	35	27	25	5	8
1999	32	46	12	4	7

Es ist zu erkennen, dass die CDU trotz des starken Stimmenzuwachses bei den Jungwählern immer noch eine leichte Überalterung ihrer Wählerschaft aufweist. Dies zeigt sich an dem Anteil derjenigen Wählerinnen und Wähler, die 60 Jahre und älter sind. Dieser beträgt bei der CDU 43 % und liegt damit 5 % über dem Wert für die Wählerschaft aller Parteien. Unterdurchschnittlich sind in der CDU die Wählerinnen und Wähler der mittleren Altersgruppen (25 bis 35 und 35 bis 45 Jahre) repräsentiert. Die Altersstruktur der SPD ist mit derjenigen der CDU vergleichbar, wenn auch der Anteil der über 60-jährigen etwas geringer und der Anteil der mittleren Altersgruppen etwas höher ist. Ein unterdurchschnittlicher Anteil an älteren Wählerinnen und Wählern ist mit 28 % bzw. 25 % bei der



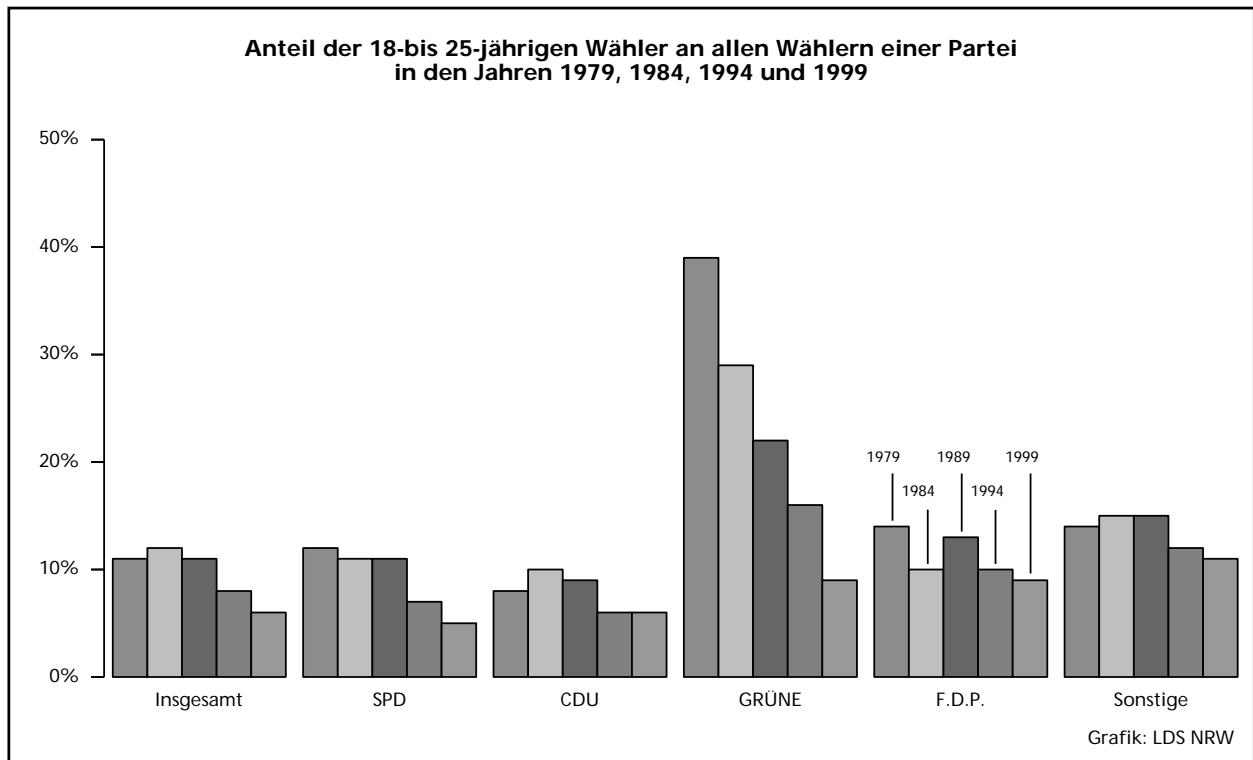
F.D.P. und den sonstigen Parteien zu erkennen. Dafür haben die Freien Demokraten einen höheren Wähleranteil bei den 25- bis 35-jährigen sowie den 45- bis 60-jährigen Wählerinnen und Wählern und die sonstigen Parteien bei den drei mittleren Altersgruppen. Kaum Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre weisen hingegen die GRÜNEN auf. Die Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler stammt aus den drei mittleren Altersgruppen. Betrachtet man die Alterszusammensetzung der Wählerschaft für Männer und Frauen getrennt, so sind kaum Unterschiede zu erkennen.

Die Zusammensetzung der Wählerschaft einzelner Parteien bei der Europawahl 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen						
Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wählerschaft (der)					
	SPD	CDU	GRÜNEN	F.D.P.	Sonstige Parteien	insgesamt
	%					
Männer						
18 – 25	5	7	8	10	12	7
25 – 35	13	14	26	21	20	15
35 – 45	19	15	36	19	21	19
45 – 60	26	25	23	26	22	25
60 und mehr	36	39	7	24	25	35
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Frauen						
18 – 25	5	5	9	8	10	6
25 – 35	12	11	26	15	19	13
35 – 45	17	14	37	17	21	17
45 – 60	24	24	21	28	24	24
60 und mehr	43	46	8	32	26	41
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Überraschend ist, dass der Anteil der jüngsten Altersgruppe bei den GRÜNEN nicht höher ist als bei den anderen Parteien, galten doch die GRÜNEN lange

Zeit als die Partei der Jungwähler. In dieser Hinsicht hat sich jedoch ein starker Wandel vollzogen, der aus der untenstehenden Grafik zu erkennen ist, welche die Entwicklung des Jungwähleranteils von 1979 bis 1999 für die einzelnen Parteien wiedergibt.

Im Jahr 1979 ist es den GRÜNEN eindeutig gelungen, die jungen Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen: Ihr Anteil lag in diesem Jahr bei fast 40 % und war damit fast vier Mal so hoch wie der Anteil der Jungwähler an allen Wählern. Bereits bei den Wahlen im Jahr 1984 sank der Jungwähleranteil deutlich ab, und zwar auf 29 %. Diese Entwicklung hat sich bis zum Jahr 1999 fortgesetzt, in dem die GRÜNEN nur noch einen Jungwähleranteil von 9 % aufweisen. Eine Abnahme des Jungwähleranteils ist auch bei den anderen Parteien zu beobachten – sie korrespondiert jedoch in ihrem Ausmaß eher mit der Abnahme der Jungwähler insgesamt und fällt zusätzlich wesentlich geringer aus als bei den Grünen. So ist beispielsweise der Anteil der Jungwähler bei der SPD von 12 % im Jahr 1979 auf 5 % im Jahr 1999 gefallen. Bei der CDU ist ein Rückgang des Jungwähleranteils von 1979 bis 1994 zu beobachten, der sich jedoch – vermutlich aufgrund der starken Stimmengewinne bei den Jungwählern – im Jahr 1999 nicht fortgesetzt hat. Obwohl auch die F.D.P. einen deutlichen Rückgang des Jungwähleranteils von 1979 bis 1999 zu verzeichnen hat, liegt dieser im Jahr 1999 mit 9 % immer noch über dem Durchschnitt von 6 %. Bei den sonstigen Parteien lag der Jungwähleranteil in allen Jahren deutlich über dem durchschnittlichen Anteil und ein Absinken ist erstmals im Jahr 1994 zu erkennen. Zu beobachten sind diese Trends sowohl bei den jungen Männern als auch bei den jungen Frauen.



Die Ergebnisse verweisen somit für die GRÜNEN auf eine Alterung der Wählerschaft, die sich in dieser Deutlichkeit bei keiner anderen Partei vollzogen hat. Vor diesem Hintergrund wird die Vermutung geäußert, dass die GRÜNEN nur eine Generationenpartei seien, deren langfristige Überlebenschancen aufgrund der abnehmenden Bedeutung der Friedens- und Umweltbewegung sein würden (siehe beispielsweise Raschke 1993: 54). Diese Schlussfolgerung, so nahe sie auch angesichts der dargestellten Ergebnisse liegt, wird aber möglicherweise zu schnell gezogen. Zwar ist einerseits das Altern der Wählerschaft der GRÜNEN nicht von der Hand zu weisen: über 60 % der Wählerinnen und Wähler sind inzwischen 35 Jahre und älter. Andererseits haben aber die GRÜNEN im Vergleich zur Europawahl 1994 in diesen Altersgruppen nur einen unterdurchschnittlichen Stimmenverlust zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund könnte ein durchschnittlicher Jungwähleranteil durchaus ausreichen, um das weitere Überleben der Partei zu sichern.

Anteil der 18- bis 25-jährigen Wähler an allen Wählern einer Partei bei den Europawahlen 1979, 1984, 1989, 1994 und 1999 nach Geschlecht

Jahr	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige	Insgesamt
	%					
Männer						
1979	13	10	41	15	15	12
1984	13	12	30	12	17	14
1989	11	11	22	15	16	13
1994	7	8	15	11	13	9
1999	5	7	8	10	12	7
Frauen						
1979	11	7	37	13	13	10
1984	10	8	29	9	13	11
1989	11	7	22	11	14	10
1994	6	5	16	9	10	8
1999	5	5	9	8	10	6

Quellennachweis

- Dauses, Manfred A./Fugmann, Friedrich (1995): Die politisch-institutionelle Stellung des Europäischen Parlaments nach dem Maastricht-Vertrag. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift *Das Parlament* B 3-4/95: 24 – 32.
- Der Bundeswahlleiter/Statistisches Bundesamt (1999): Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999: Erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de/Willems, Helmut (1996): Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift *Das Parlament* B19/96: 3 – 17.
- Herbertz, Heinz-Christoph (1999): Europawahl 1999. In: *Wirtschaft und Statistik* 4: 282 – 292
- Hin, Monika/Siedt, Hans Gerd (1994): Europawahl 1994: Erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik. In: *Wirtschaft und Statistik* 7: 489 – 496.
- Mayer, Karl Ulrich/Huinink, Johannes (1990): Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte in der Analyse von Lebensverläufen oder: Lexis Ade? In: Mayer, Karl Ulrich (Hg.): *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, Westdeutscher Verlag, 442 – 459.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (1997): Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union: Ergebnisse, Fortschritte, Defizite. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift *Das Parlament* B47/97: 21 – 29.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (1992): Die GRÜNEN. In: Mitzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, Leske + Budrich, 319 – 361.
- Murphy, Detlef/Roland Roth (1987): In vielen Richtungen zugleich: DIE GRÜNEN – ein Artefakt der Fünf-Prozent-Klausel? In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 303 – 326.
- Raschke, Joachim (1993): *Krise der Grünen: Bilanz und Neubeginn*. Schüren Presseverlag, Marburg.
- Rowold, Manfred/Immerfall, Stefan (1992): Im Schatten der Macht: Nicht-etablierte Kleinparteien. In: Mitzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, Leske + Budrich, 362 – 420.
- Stöss, Richard (1987): Parteien und soziale Bewegungen: Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegungen – DIE GRÜNEN. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 303 – 326.
- Winship, Christopher/Mare, Robert D. (1992): Models for Sample Selection Bias. In: *Annual Review of Sociology*, 327 – 350.

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll

Tabellenteil

1. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen
 – hochgerechnete Ergebnisse –

Geburtsjahrguppe	Alter von etwa ... bis unter ...Jahren	Wahlberechtigte			Wähler ¹⁾	Wahlbeteiligung ²⁾	Nichtwähler ¹⁾
		insgesamt	ohne	mit			
			Wahlschein				
		Anzahl			%	Anzahl	
Männer							
1979 – 1981	18 – 21	198 700	191 400	7 300	65 400	34,2	126 000
1975 – 1978	21 – 25	304 100	289 200	14 900	88 700	30,7	200 500
1970 – 1974	25 – 30	456 800	431 500	25 300	130 400	30,2	301 100
1965 – 1969	30 – 35	674 900	636 400	38 500	206 800	32,5	429 600
1960 – 1964	35 – 40	709 600	673 100	36 500	222 400	33,0	450 700
1955 – 1959	40 – 45	618 200	586 700	31 500	204 500	34,9	382 200
1950 – 1954	45 – 50	548 200	517 700	30 500	197 200	38,1	320 500
1940 – 1949	50 – 60	956 100	882 000	74 100	380 000	43,1	502 000
1930 – 1939	60 – 70	965 300	871 700	93 600	458 100	52,6	413 600
1929 und früher	70 und mehr	722 800	629 900	92 900	335 700	53,3	294 200
Zusammen		6 154 600	5 709 500	445 100	2 289 100	40,1	3 420 400
Frauen							
1979 – 1981	18 – 21	192 200	183 300	8 900	58 500	31,9	124 800
1975 – 1978	21 – 25	302 800	285 500	17 300	80 800	28,3	204 700
1970 – 1974	25 – 30	461 600	432 400	29 200	124 500	28,8	307 900
1965 – 1969	30 – 35	666 000	624 600	41 400	198 700	31,8	425 900
1960 – 1964	35 – 40	693 500	654 600	38 900	219 200	33,5	435 400
1955 – 1959	40 – 45	609 500	577 500	32 000	205 900	35,7	371 600
1950 – 1954	45 – 50	547 900	512 600	35 300	196 600	38,4	316 000
1940 – 1949	50 – 60	977 600	890 500	87 100	393 600	44,2	496 900
1930 – 1939	60 – 70	1 065 300	957 600	107 700	489 400	51,1	468 200
1929 und früher	70 und mehr	1 404 700	1 229 000	175 700	540 300	44,0	688 700
Zusammen		6 921 200	6 347 600	573 600	2 507 500	39,5	3 840 100
Männer und Frauen							
1979 – 1981	18 – 21	390 900	374 700	16 200	123 800	33,0	250 900
1975 – 1978	21 – 25	606 800	574 600	32 200	169 500	29,5	405 100
1970 – 1974	25 – 30	918 500	863 900	54 600	254 800	29,5	609 100
1965 – 1969	30 – 35	1 340 900	1 261 000	79 900	405 500	32,2	855 500
1960 – 1964	35 – 40	1 403 000	1 327 700	75 300	441 600	33,3	886 100
1955 – 1959	40 – 45	1 227 700	1 164 200	63 500	410 400	35,3	753 800
1950 – 1954	45 – 50	1 096 100	1 030 300	65 800	393 800	38,2	636 500
1940 – 1949	50 – 60	1 933 700	1 772 500	161 200	773 600	43,6	998 900
1930 – 1939	60 – 70	2 030 700	1 829 300	201 400	947 500	51,8	881 800
1929 und früher	70 und mehr	2 127 500	1 858 900	268 600	876 000	47,1	982 900
Insgesamt		13 075 800	12 057 100	1 018 700	4 796 600	39,8	7 260 500

1) ohne Wahlschein – 2) Wähler in % der Wahlberechtigten ohne Wahlschein

2. Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen

a) hochgerechnete absolute Ergebnisse

Wahlvorschlag	Geburtsjahrguppe					Insgesamt
	1975 – 1981	1965 – 1974	1955 – 1964	1940 – 1954	1939 und früher	
	Alter von etwa ... bis unter ... Jahren					
	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 60	60 und mehr	
Männer						
S P D	46 300	110 800	165 500	224 700	309 600	856 900
C D U	70 500	141 000	159 500	259 200	408 700	1 038 800
GRÜNE	12 900	39 700	55 700	35 800	10 600	154 600
F.D.P.	8 500	16 800	15 100	21 200	19 900	81 500
R E P	4 100	6 100	5 000	7 100	9 700	32 100
PDS	3 400	7 600	9 900	9 700	8 000	38 700
Sonstige	6 900	11 400	10 700	10 400	13 200	52 600
Zusammen	152 500	333 400	421 400	568 200	779 900	2 255 400
Frauen						
S P D	43 900	113 600	164 500	223 900	407 300	953 200
C D U	62 800	130 300	157 600	277 800	542 200	1 170 700
GRÜNE	15 900	46 200	65 900	37 500	15 000	180 500
F.D.P.	5 700	10 500	12 200	19 800	23 100	71 400
R E P	1 300	1 700	1 800	3 000	4 300	12 100
PDS	2 400	4 400	5 000	6 400	4 800	23 000
Sonstige	5 900	12 000	13 600	13 500	15 500	60 500
Zusammen	137 900	318 700	420 600	581 900	1 012 100	2 471 200
Männer und Frauen						
S P D	90 200	224 400	330 000	448 600	716 900	1 810 100
C D U	133 300	271 300	317 100	537 000	950 900	2 209 500
GRÜNE	28 800	85 900	121 600	73 300	25 600	335 100
F.D.P.	14 200	27 300	27 300	41 000	43 000	152 900
R E P	5 400	7 800	6 800	10 100	14 000	44 200
PDS	5 800	12 000	14 900	16 100	12 800	61 700
Sonstige	12 800	23 400	24 300	23 900	28 700	113 100
Insgesamt	290 400	652 100	842 000	1 150 100	1 792 000	4 726 600

Noch: 2. Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen
b) jeweilige Partei = 100

Wahlvorschlag	Geburtsjahrguppe					Insgesamt
	1975 – 1981	1965 – 1974	1955 – 1964	1940 – 1954	1939 und früher	
	Alter von etwa ... bis unter ... Jahren					
	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 60	60 und mehr	

Männer

S P D	5,4	12,9	19,3	26,2	36,1	100
C D U	6,8	13,6	15,3	25,0	39,3	100
GRÜNE	8,3	25,7	36,0	23,1	6,9	100
F.D.P.	10,4	20,6	18,6	25,9	24,4	100
R E P	12,8	19,0	15,6	22,2	30,3	100
P D S	8,8	19,7	25,6	25,2	20,7	100
Sonstige	13,1	21,7	20,4	19,8	25,1	100
Zusammen	6,8	14,8	18,7	25,2	34,6	100

Frauen

S P D	4,6	11,9	17,3	23,5	42,7	100
C D U	5,4	11,1	13,5	23,7	46,3	100
GRÜNE	8,8	25,6	36,5	20,8	8,3	100
F.D.P.	8,0	14,8	17,0	27,8	32,4	100
R E P	11,0	13,9	14,9	24,5	35,7	100
P D S	10,5	19,2	21,8	27,7	20,8	100
Sonstige	9,7	19,8	22,5	22,4	25,6	100
Zusammen	5,6	12,9	17,0	23,5	41,0	100

Männer und Frauen

S P D	5,0	12,4	18,2	24,8	39,6	100
C D U	6,0	12,3	14,4	24,3	43,0	100
GRÜNE	8,6	25,6	36,3	21,9	7,6	100
F.D.P.	9,3	17,9	17,8	26,8	28,1	100
R E P	12,3	17,6	15,4	22,9	31,8	100
P D S	9,4	19,5	24,2	26,1	20,8	100
Sonstige	11,3	20,7	21,5	21,2	25,4	100
Insgesamt	6,1	13,8	17,8	24,3	37,9	100

3. Ungültige Stimmen und Gründe für ungültige Stimmen nach Geschlecht
 – hochgerechnete Ergebnisse –

Gründe für ungültige Stimmabgabe	Ungültige Stimmen		
	Männer	Frauen	insgesamt
Stimmzettel leer oder durchgestrichen	10 600	9 800	20 400
%	52,2	44,3	48,1
Stimmzettel hat mehrere Kreuze	8 100	10 800	19 000
%	39,9	48,9	44,8
Sonstige Ursachen	1 600	1 400	3 000
%	7,9	6,3	7,1
Insgesamt	20 300	22 100	42 400
%	100,0	100,0	100,0